



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	28. Sitzung
Datum	Dienstag, den 21.04.2009
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	22:15 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StvV **V o l c k** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Er gratulierte StR Beck und StR Maxheim zu deren Geburtstag am 21.04.2009.

StvV **V o l c k** stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass die Stadtverordnetenversammlung mit am 21.04.2009 mit 53 Stadtverordneten und am 22.04.2009 mit 52 Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Ferner stellte er fest, dass die Drucks.-Nr. 1302/09 - I/464, Sicherung der Arbeitsplätze bei den Firmen Buderus Edelstahl GmbH, Buderus Edelstahl Band GmbH und Buderus Edelstahl Schmiedetechnik GmbH - Resolution, als Dringlichkeitsantrag von der SPD-Fraktion eingebracht wird.

Zu diesem Antrag führte Stv. **M a n f r e d W a g n e r** aus, bekanntlich sei die Buderus-Gruppe der größte Arbeitgeber der Stadt. Alle drei genannten Unternehmen arbeiten zur Zeit kurz. Im Mai komme es zum Schwur. Hier ein Signal zu senden, sei seitens der Stadt angezeigt.

FrkV **A l t e n h e i m e r** führte aus, er sehe die Dringlichkeit nicht gegeben. Das Schreiben sei nicht nur eine Resolution, sondern beinhalte auch Arbeitsaufträge an den Magistrat.

„Wir können nicht bis zum Jahre 2010 warten“ betonte FrkV **M i c h a e l e k**. Die Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung hätten zu keinem Ergebnis geführt. Die Grünen seien für die Aufnahme dieser Drucksache als Tagesordnungspunkt.

Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag: 24.29.0

Abstimmung über die Tagesordnung: 53.0.0

StvV VoI c k verkündete bezüglich der Sitzungsdauer, die im Ältestenrat festgelegten Regularien.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Fragestunde

TOP 2

Haushalt 2009

TOP 2.1

Änderungsliste des Ältestenrates

TOP 2.2

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2009

- Antragsberatung -

TOP 2.3

**Investitionsprogramm und
Finanzplanung 2009 - 2012**

TOP 2.4

Konjunkturpaket II

TOP 2.4.1

1275/09

**Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen
und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland**

I/457

TOP 2.4.2

1228/09

**Ausführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen
im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes**

I/443

TOP 2.5

1285/09

Lärmschutzwand Garbenheim

I/460

TOP 3

1120/08

59. Änderung des Flächennutzungsplanes

Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

Umzonung von „Gewerblicher Baufläche“ und „Fläche für Landwirtschaft“ in

„Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel“

- Abschließender Beschluss -

I/447

TOP 4

1241/09

Bebauungsplan Nr. 15 „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

- Satzungsbeschluss -

I/448

TOP 5

1232/09

**Neubau der über Mühlgraben und Lahn führenden Fuß- und Radwegebrücke
zwischen Wetzbachstraße und Bachweide**

I/452

TOP 6

1183/08

Straßen- und Kanalsanierung „Bannviertel“, 2. Bauabschnitt: Ausbau der

Bannstraße, Eduard-Kaiser-Straße, Albinstraße, Herderstraße und Dalbergstraße

I/435

TOP 7

1115/08

Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz

I/413

TOP 8

1176/08

Stromversorgung der städtischen Grillhütten

Prüfungsauftrag

I/431

TOP 9

1229/09

Optimierung der Verwaltungsgliederung

- Sportamt -

I/444

TOP 10

1271/09

Einführung eines Stadtpasses

I/451

TOP 11
1255/09
Städtische Museen Wetzlar
Eintrittsbefreiung für Wetzlarer Schüler
I/449

TOP 12
1185/08
Informationsveranstaltung zur Durchführung
eines Projektes „Mehrgenerationenwohnen“
I/432

TOP 13
1260/09
Ausübung des Wahlrechts zum Europäischen
Parlament durch Unionsbürger
I/450

TOP 14
1199/09
Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar I (Kernstadt)
I/440

TOP 15
Seniorenrat
Wahl eines stellv. Mitgliedes

TOP 16
Mitteilungsvorlagen

TOP 16.1
1211/09
Verkehrstechnische Untersuchung
„Ruhender Verkehr in der Altstadt Wetzlar“
(„Altstadtparkkonzept“)
I/445

TOP 16.2
1214/09
Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit
„Soziale Stadt“, Silhöfer Aue / Westend
I/446

TOP 16.3
1268/09
Tätigkeitsbericht der Stadtbibliothek Wetzlar 2008
I/456

TOP 16.4

1267/09

Hessischer Bibliothekstag am 11.05.2009 in Wetzlar

I/455

TOP 16.5

1259/09

Konzept zur Verbesserung der Kontrolle des Finanzmanagements (Abwicklung der Kartenverkäufe) beim Verein Wetzlarer Festspiele (Drucksachen-Nr. 1104/08-II/130)

I/454

TOP 17

Verschiedenes

TOP 1

Fragestunde

Frage Nr. : 1308/09 - III/92
vom : 14.04.2009
Fragestellerin : Stve. Droß, SPD-Fraktion

Stve. D r o ß:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir zuerst eine Vorbemerkung, wohlwissend, dass sie nicht so kurz ist, wie das unser Stadtverordnetenvorsteher gerne hätte. Es tut mir leid, aber ich muss die Sache ja ein bisschen erläutern:

Der Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Herborn ist als Mitglied des Aufsichtsrates der dortigen Stadtwerke auf Einladung der Ruhrgas AG im gehobenen Ambiente informiert, verköstigt und untergebracht worden. Er hat sich zunächst geweigert, durch Zahlung einer Geldbuße ein Strafverfahren wegen Bestechlichkeit abzuwenden und wurde daraufhin angeklagt. Im Rahmen dieser vor einigen Wochen mit großer öffentlicher Resonanz verhandelten Strafsache wurde bekannt, dass die Ruhrgas AG - und auch die E.ON - in unserer Region flächendeckend alle Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte mit Stadtwerken oder Stadtwerksbeteiligung eingeladen habe. Dies sei im Zusammenhang mit dem Abschluss von Energielieferverträgen zu sehen. In der Konsequenz habe die Staatsanwaltschaft mehrere Hundert strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Bestechung eingeleitet. Mit Ausnahme des Herborner Abgeordneten hätten alle die Geldbuße gezahlt.

Der Oberbürgermeister hat seinerzeit auf die mündliche Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Jörg Kratkey ausgeführt, ihm als Amtsträger seien in dem genannten Zusammenhang keine entsprechenden Informationen der Staatsanwaltschaft im Sinne der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (Mistrag) zugeleitet worden. Zugleich hat er darauf verwiesen, dass ihm auch keine über die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft hinausgehenden Informationen dieser Behörde zugegangen seien. Weitergehenden aufklärenden Fragen an die Magistratsmitglieder (und an sich selbst?) stehe das

Beamtenrecht entgegen, zumal kein öffentliches Interesse zu erkennen sei.

Jetzt die Frage:

Ich frage den Oberbürgermeister als Amtsträger und als Person: Haben Sie oder Ihr damaliger Vertreter im Rahmen der oben erwähnten Vorgänge eine Einladung angenommen?“

OB D e t t e:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Frau Droß, Ihre mündliche Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Zunächst eine Vorbemerkung:

Anfragen sind nach den Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat zu richten - ich bin der Sprecher des Magistrats - und auch in Wahlkampfzeiten nicht an den Oberbürgermeister als Amtsträger oder als Privatperson.

Für den Magistrat beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt:

Sie behaupten in Ihrer Anfrage, dass im Zusammenhang mit dem Abschluss von Energielieferverträgen flächendeckend eine Einladung der Ruhrgas AG wie auch der E.ON an alle Oberbürgermeister und Bürgermeister der Städte mit Stadtwerken oder Stadtwerksbeteiligungen erfolgt sei. Eine derartige Einladung ist dem Magistrat bzw. dem Oberbürgermeister nicht bekannt, insofern sind ihre vermuteten Schlussfolgerungen unzutreffend.

In dieser Angelegenheit hat Herr Stadtverordneter Kratkey bereits im Juni 2007 eine schriftliche Anfrage gestellt, die vom Magistrat eindeutig beantwortet wurde. Diese Antwort hat weiterhin Gültigkeit, ich will sie aber gerne hier an dieser Stelle noch einmal wiederholen:

Es liegen dem Magistrat keine Mitteilungen der Staatsanwaltschaft vor, wonach im Zusammenhang mit der Teilnahme an Veranstaltungen gegenüber Magistratsmitgliedern - und das schließt den Oberbürgermeister mit ein - Strafverfahren anhängig oder Strafverfahren gegen Zahlung einer Geldbuße eingestellt worden sind.“

Frage Nr. : 1310/09 - III/93
vom : 15.04.2009
Fragesteller : Stv. Dr. Ihmels, SPD-Fraktion

Std. Dr. I h m e l s:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, der Hessische Städtetag berichtet in seinen Informationen aus dem Vorjahr, aus dem September, auf Seite 145, von einer Mitgliederbefragung zum Thema erneuerbarer Energien. Auf meine Anfrage vom 18.09.2008 hat der Magistrat erklärt, dass er sich beteiligt habe, aber Ergebnisse könne er zu diesem Zeitpunkt noch nicht mitteilen, da er den Bericht noch nicht ausgewertet habe.

Jetzt meine Frage:

Hat der Magistrat mittlerweile die Auswertung abgeschlossen und kann er uns Ergebnisse präsentieren?“

StR Hauptvogel:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrter Herr Dr. Ihmels, ich darf die Anfrage wie folgt beantworten:

Die Auswertung der Umfrage zum Einsatz erneuerbarer Energien des Hessischen Städtetages, an der sich die Stadt Wetzlar beteiligt hatte, liegt der Stadt Wetzlar seit August 2008 vor.

Ich hatte im Rahmen Ihrer Anfrage im Umweltausschuss am 09.09.2008 die Weiterleitung dieses Berichtes zugesagt, was von mir allerdings bis dato nicht veranlasst wurde. Das bitte ich zu entschuldigen. Ich würde Ihnen heute gerne die entsprechenden Ausführungen des Hessischen Städtetages zu dieser Umfrage an das Protokoll geben oder den Mitgliedern im Umweltausschusses in der nächsten Sitzung dann zur Verfügung stellen, das entscheiden Sie bitte.“

Zwischenruf FrkV Michalek:

„Und den Fraktionen.“

StR Hauptvogel:

„Dann heften wir es vielleicht an das Protokoll, wenn das so der Wunsch ist.“

StvV Volk:

„Also das Protokoll dauert ja ein bisschen. Ich würde sagen, das leiten wir, wenn Sie es uns übergeben, dann versenden wir es an die Fraktionen.“

Zusatzfrage FrkV Michalek:

„Gut, damit es keine Schwierigkeiten mit der Geschäftsordnung gibt, die Frage lautete ja nicht nur, ob die Auswertung abgeschlossen ist, sondern welche Ergebnisse sie - bezogen auf Wetzlar - hat und insofern ist die Frage noch nicht abgeschlossen, die Antwort.“

StR Hauptvogel:

„Die Ergebnisse, die der Städtetag auf seine eigene Umfrage bezogen hat, sind auf einer Seite zusammengefasst. Dort sind entsprechende Zahlen berücksichtigt, wie hoch die Beteiligung war, wie viele Kommunen im Bereich der erneuerbaren Energien Beschlüsse gefasst haben, wie viele der beteiligten Kommunen das Thema erneuerbare Energien und den Einsatz daraus hier für wichtig erhalten. Diesen Ausführungen können wir uns sicherlich hier entsprechend anschließen. Wir empfinden den Einsatz von erneuerbaren Energien entsprechend als wichtig. Wir haben ja hier entsprechende Maßnahmen auch selbst ergriffen. Das haben wir im Rahmen dieser Befragung mitgeteilt und ich würde sagen, schauen Sie sich bitte die Ergebnisse der Umfrage dann bitte selber an und dann stehe ich auch gerne für weitere Fragen zur Verfügung, aber dann sollten Sie erst einmal wissen, was hier drin steht.“

Frage Nr. : 1311/09 - III/94
vom : 15.04.2009
Fragestellerin : Stve. Dr. Göttlicher-Göbel, SPD-Fraktion

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l:

„Das Präsidium des Hessischen Städtetages hat den Mitgliedsstädten mit einstimmigem Beschluss eine verstärkte dezentrale Energie-Erzeugung empfohlen.

Und jetzt die Frage:

Wie plant Oberbürgermeister Dette diese - auch seine - Empfehlung als Präsidiumsmitglied des Städtetages in der Stadt Wetzlar umzusetzen und an welche Standorte kommunaler Blockheizkraftwerke ist in Wetzlar gedacht?“

OB D e t t e:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Frau Dr. Göttlicher-Göbel, Ihre mündliche Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Präsidium und Hauptausschuss des Hessischen Städtetages haben in ihrer Sitzung am 28. Januar 2009 eine Hessische Erklärung zur Zukunft der Stadtwerke verabschiedet, ich gehe davon aus, dass Sie darauf Bezug nehmen. Kernpunkt dieser Erklärung, der ich in meiner Eigenschaft als Präsidiumsmitglied im Hessischen Städtetag zugestimmt habe, ist die Kritik an der ab 01.01.2009 geltenden Anreizregulierung, da diese die Investitionstätigkeit der Stadtwerke bedroht.

Wörtlich heißt es in der Erklärung: „Die Vorgabe eines effizienzbasierten Ansatzes bei der Berechnung der Netzkosten wird die Stadtwerke zu erheblichen Einsparungen im Netzbetrieb zwingen. Dieser Kostendruck geht letztlich zu Lasten der Netzqualität und

damit auch zu Lasten des Standortwettbewerbes im innerdeutschen und innereuropäischen innereuropäischen Kontext. Weiter wird ausgeführt ‚... darüber hinaus führt die Festsetzung und die Überprüfung der Regulierungsziele zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand in den Unternehmen und damit zu einer zusätzlichen Kostenbelastung für die Kunden.‘ Ende dieses Zitats.

Im Zusammenhang mit der Kritik an der derzeit geltenden Anreizregulierung heißt es im Rahmen dieser Erklärung weiter: ‚Stadtwerke als Motor der Energiewende müssen in die Lage versetzt werden, den Ausbau der klimaschonenden Kraft-Wärme-Kopplung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und der dezentralen Energieversorgung sowie die Steigerung der Energieeffizienz auf kommunaler Ebene aktiv umsetzen zu können.‘ Aus diesem Kontext wird deutlich, dass es keine Empfehlung des Hessischen Städtetages gegenüber den Mitgliedsstädten im Hinblick auf bestimmte Aktivitäten der Stadtwerke gibt, sondern dass der Städtetag mit seiner Erklärung zum Ausdruck bringen will, dass die derzeitige Anreizregulierung die Investitionsfähigkeit unserer Stadtwerke, z. B. auch im Bereich der klimaschonenden Kraft-Wärme-Kopplung, in Frage stellt. Unabhängig von der Hessischen Erklärung zur Zukunft der Stadtwerke ist die Geschäftsführung der enwag derzeit aufgrund einer Beschlusslage des Aufsichtsrates damit beauftragt, zu prüfen, wo in Wetzlar Kraft-Wärme-Kopplungsmaßnahmen wirtschaftlich sinnvoll umsetzbar sein können.“

Stv. Dr. I h m e l s:

„Ich entnehme den Mitteilungen des Städtetages eine Wiedergabe dieses Beschlusses und bei dieser Wiedergabe durch den Städtetag, da steht im Anfang die Kommunen und ihre Stadtwerke erbringen mit dem Einsatz von klimaschonenden Kraftwärme-Kopplungs-Anlagen den Ausbau erneuerbarer Energien sowie den Ausbau einer dezentralen Energieversorgung einen wesentlichen Beitrag zur Umsetzung der formulierten Klimaschutzziele und ich denke, dann ist das eine Antwort auf die Frage, wie Wetzlar das zu realisieren hat.“

OB D e t t e:

„Herr Dr. Ihmels, ich will es nochmal deutlich machen, wenn Sie die Erklärung dann weiterleiten, können Sie ja feststellen, dass der Schwerpunkt der Erklärung sich mit der Anreizregulierung auseinandersetzt. Ausgangspunkt ist die Investitionstätigkeit der Stadtwerke und deren Umfang und deren Möglichkeit wird in Frage gestellt durch die Art und Weise dieser Anreizregulierung und deshalb dient und wenn Sie das im Weiteren unter der Rubrik ‚Forderungen‘ mit sehen, die von 1 bis 4 ja dargestellt sind, ganz deutlich, das ist ja die Beschlusslage ‚wir fordern daher...‘ und dann kommt, die Investitionsfähigkeit muss hergestellt werden, dem Netzbetreiber muss eine marktübliche Eigenkapitalrendite zugestanden werden, es muss für die Städte und Gemeinden attraktiv bleiben, sich wirtschaftlich im Bereich der Energie- und Wasserversorgung zu betätigen und schließlich, die Stadtwerke müssen als Motor der Energiewende in die Lage versetzt werden, dass was ich zitiert habe, entsprechend tätig werden zu können. Also von daher gesehen, entspricht das meiner Aussage.“

Frage Nr. : 1312/09 - III/95
vom : 16.04.2009
Fragestellerin : Stve. Claas, SPD-Fraktion

Stve. C l a a s:

“Mit Antrag vom 23.04.2008 wurde ein Prüfungsauftrag an den Magistrat erteilt, zu prüfen, in welcher Weise die Inschriften der Grab- und Gedenksteine im Rosengärtchen für Touristen zugänglich gemacht werden können.

Der Magistrat informierte dazu, dass die Grabsteine vom Steinmetzbetrieb Reitz und Zimmermann begutachtet wurden und Kosten von ca. 24.000 Euro geschätzt wurden. Für den Haushalt 2009 sollten zur Durchführung des 1. Bauabschnittes 12.000 Euro in Ansatz gebracht werden.

Mit dem Geschichtsverein und dem Historischen Archiv wurde Kontakt aufgenommen, um die Geschichte der einzelnen Verstorbenen zu erfassen und zusammenzustellen.

Meine Frage lautet:

Wie ist der Stand der Arbeiten des Historischen Archivs und des Geschichtsvereins, die Geschichte der Verstorbenen, die auf dem Friedhof Rosengärtchen begraben wurden, fortgeschritten und wo ist der vorgesehene Ansatz von 12.000 Euro im Haushalt ausgewiesen?“

StR H a u p t v o g e l:

“Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Frau Claas, ich darf die Frage wie folgt beantworten:

In der Angelegenheit hat das federführende Fachamt alle in Frage kommenden Grabsteine fotografiert und aufgenommen und damit die Inschriften dokumentiert. Im Vorfeld wurden mit verschiedenen Steinmetzen Gespräche geführt, einerseits die Kosten zu ermitteln und zum anderen zu ermitteln, mit welchem technischen Verfahren die Grabsteine, deren Inschriften, wieder lesbar gemacht werden können. Eine enge Abstimmung mit dem historischen Archiv und dem Geschichtsverein hat stattgefunden und ist natürlich selbstverständlich, um natürlich den Hintergrund der Verstorbenen in einer geeigneten Weise hier aufzuarbeiten. Für den 1. Bauabschnitt sind voraussichtlich 12.000 Euro erforderlich. Dieser Betrag ist für das Haushaltsjahr 2010 nach Abschluss der Vorarbeiten kassenwirksam vorgesehen.“

TOP 2
Haushalt 2009

TOP 2.1
Änderungsliste des Ältestenrates

TOP 2.2

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2009

- Antragsberatung -

TOP 2.3

Investitionsprogramm und

Finanzplanung 2009 - 2012

Stv. V o l c k erläuterte die Vorgehensweise.

Im Vorfeld bedankte sich Stv. K l e b e r bei allen Beteiligten, insbesondere bei den Mitarbeitern der Kämmerei. Er führte aus, wer sich intensiv mit dem Erstlingswerk beschäftigt habe, werde ihm zustimmen, dass die nicht hochgesteckten Erwartungen bei weitem noch nicht erfüllt worden seien. Er kritisierte u. a., dass die Grundstruktur des Haushaltes noch zu kleinzeilig sei. Die Produktbeschreibungen seien von „sehr gut“ bis „ungenügend“ zu bewerten. Nach seiner Auffassung fehle eine klare Vorgabe und Steuerung durch den Kämmerer. Allein die SPD-Fraktion habe in den Ausschüssen in über 50 Fällen um weitere Sachaufklärung bitten müssen. Positiv, so Stv. K l e b e r, sei, dass der Gesamtergebnishaushalt mit einem Überschuss abschlieÙe, an der „Gebührenschaube“ nicht gedreht werde und die Steuersätze unverändert blieben sowie die freiwilligen Leistungen in ungekürzter Höhe weitergezahlt werden können. Erfreulich hoch sei auch die vorgesehene Investitionssumme. Hier könne man nur hoffen, dass sie auch tatsächlich zum Tragen komme.

Stv. K l e b e r erinnerte OB Dette an seine Einbringungsrede vom 16. Februar 2009, wo dieser das Ziel verkündet habe, Wetzlar familienfreundlicher zu gestalten. Die Einsicht komme zu spät und werde durch die augenblicklichen Zahlen im Bereich der Kindertagesstätten drastisch belegt. Nahezu 300 Kinder seien ohne Platzangebot. Er weise darauf hin, dass man erfolgreiche Kommunalpolitik nur auf der Grundlage seriöser Bestandsaufnahmen machen könne. Dies bedeute, dass OB Dette oder andere hauptamtliche Dezernenten in den Ortsbeiräten abklären müssten, was an Infrastruktur vorhanden sei. Perspektivisch werde nicht gearbeitet.

Bezogen auf die Rolle von OB Dette als Aufsichtsratsvorsitzender bei der enwag führte Stv. K l e b e r aus, die Stadtwerke müssten als Motor der Energiewende in die Lage versetzt werden, den Ausbau der klimaschonenden Kraft-Wärme-Kopplung, den Ausbau der erneuerbaren Energien und dezentralen Energieversorgung sowie die Steigerung der Energieeffizienz auf kommunaler Ebene aktiv umzusetzen. Dies gehe aber nur, wenn man die erwirtschafteten Erlöse weitestgehend dort belasse und sie nicht ausschließlich als Gewinne verteile.

An Stv. Breidsprecher gerichtet merkte Stv. K l e b e r an, dass dieser immer sehr stolz auf seinen Aufsichtsratsvorsitz bei der enwag war und damit auch verantwortlich für die hohen Gewinne gewesen sei. Stv. B r e i d s p r e c h e r glaube, Wetzlar wäre ohne diese Gewinne nie zu einer Arena oder anderen Einrichtungen gekommen. Stv. K l e b e r zeigte auf, dass die Gewerbesteuererinnahmen allein des Jahres 2007, mit denen der Kämmerer Anfang des Jahres angeblich noch nicht gerechnet habe, ausgereicht hätten, um diesen städtischen Anteil locker zu finanzieren. Man möge daran erkennen, dass der Verkauf der enwag-Anteile an die Thüga überhaupt nicht notwendig und somit falsch gewesen sei.

Stv. K l e b e r kritisierte OB Dette, dass dieser städtisches Vermögen „verschenkt bzw.

verschleudert“ habe. In Hermannstein sei ohne Not Baugelände an den Kreis verschenkt worden, Flächen für den Schulneubau waren und seien in ausreichendem Maße vorhanden. In diesem Zusammenhang spreche er auch über verpasste Chancen. Das Betreuungsangebot für die Grundschüler im Zusammenhang mit dem Schulneubau hätte optimal und finanziell günstig für die Stadt gelöst werden können. Als Positivbeispiele nenne er hier die Gemeinden Ehringshausen und Hüttenberg, wo die Betreuung der Kinder durch angestellte Betreuungskräfte der Gemeinde vorgenommen werde. Ferner erwähne er in diesem Zusammenhang die Schulturnhalle, wo man für wenig Geld die Voraussetzungen hätte schaffen können, diese Halle auch wie ein Bürgerhaus zu nutzen.

„Verschenken und Verschleudern“ von städtischem Vermögen sehe er auch beim Verkauf des „Götz'schen Hauses“. Das Verfahren selbst sei schon höchst angreifbar. An Erlösen sei auf rund 122.000 € verzichtet worden. Für den kleinen Preis einer Verzögerung von 1 - 2 Monaten hätte man ein sauberes Verfahren ohne einen faden Beigeschmack erreicht.

Auf die Kostensituation des Optikparcours eingehend, erinnerte Stv. K l e b e r an die erste Vorlage im Jahre 2006. Danach sollten nur Planungskosten und Kosten für die Standorte der Sockel den finanziellen Anteil der Stadt darstellen. StR Beck sei schon etwas konkreter geworden und habe in dem Zusammenhang lange Zeit von einer Obergrenze von 100.000 € gesprochen. Inzwischen liege die städtische Beteiligung bei über 500.000 € und ein Ende sei nicht abzusehen, Folgekosten nicht eingerechnet.

Zum Ergebnis der Festspiele, so Stv. K l e b e r, und deren Begleiterscheinungen werde im späteren Verlauf der Sitzung die SPD-Fraktion noch näher eingehen. Enttäuscht zeige er sich auch über das Verhalten von OB Dette im Zusammenhang mit der Demonstration von Rechtsradikalen in Wetzlar. Er frage sich, wo der Mut zum Verbot gewesen sei und warum sich der hauptamtliche Magistrat am Tag der Demonstration nicht gezeigt habe.

Abschließend führte Stv. K l e b e r aus, die SPD wisse, dass der Haushaltsplan die Politik der Koalition widerspiegele. Wichtige Themen, wie beispielsweise die Barrierefreiheit in dieser Stadt, die Energieversorgung oder die Standortentwicklung, seien völlig außen vor geblieben. Deswegen werde die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

In ihrem Redebeitrag stellte FrkV L e f è v r e fest, die Umstellung von dem kameralistischen zum doppischen Rechnungswesen sei eine große Herausforderung für die Verwaltungsmitglieder, aber auch für die Mandatsträger gewesen. Dass trotz der schwierigen Rahmenbedingungen ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden könne, resultiere aus der stabilen Haushaltswirtschaft der Stadt. Sie wies aber auch darauf hin, dass aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise die Einnahmequelle „Gewerbsteuer“ zu einem unsicheren Faktor geworden sei, deswegen seien 10 Mio. € weniger Gewerbesteuer eingeplant als im Jahre 2008. Auch stelle die Kreisschulumlage eine große Belastung dar. So müsse die Stadt allein für die Schulumlage 1,3 Mio. € mehr zahlen als im Jahre 2008. Positiv sehe sie die Aufstockung des Kindergartenpersonals um 11 Stellen für die U 3-Betreuung. Dies bedeute eine Verbesserung der Angebote bei den Kindertagesstätten, insbesondere bei der Betreuung. Dies sei als sehr familienfreundlich einzustufen. Die Erziehung von Kindern und Erwerbstätigkeit müssten gleichzeitig möglich sein. Lobenswert finde sie auch die unverändert hohen Zuschüsse der Stadt an ehrenamtlich Tätige in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales. Dies sei ein unverzichtbares Engagement für die Zukunft. Bemerkenswert finde sie auch, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Steuerhebesätze der Stadt sowie die Gebührensätze stabil blieben. Im Finanzhaushalt unterstütze die FW-Fraktion die Investitionen, die vom

Magistrat festgesetzt worden seien. Hier seien zu nennen die Standortverlagerung des Stadtbetriebsamtes, die notwendige Erneuerung von Straßen, Brücken und Kanälen sowie Erweiterung des Hochwasserschutzes, die Investitionen der Stadt in Sport und Kultur, hier insbesondere der Stadionausbau und die Sanierung des Palais Papius. Diese Investitionsvorhaben trügen zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei und setze damit in der schwierigen konjunkturellen Lage Impulse. Als besonders wichtig erscheine die Investition in Stadtbezirke mit sozial benachteiligter Bevölkerungsstruktur, wie Niedergirmes und Westend. Im Namen der Freien Wähler spreche sie dem Magistrat, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung Lob und Dank für die geleistete Arbeit aus. Die Fraktion der Freien Wähler werde dem Haushalt zustimmen.

Zu Beginn seiner Ausführungen machte Stv. H e y e r darauf aufmerksam, dass mit der Umstellung von der Kameralistik zur Doppik „Neuland“ betreten werde. Der Vergleich des Haushaltes 2008 mit den nun vorliegenden Zahlen sei kaum noch oder gar nicht mehr nachvollziehbar. Herausforderung sei bei der Doppik das Vermitteln der neuen Sichtweisen und den damit verbundenen Chancen, u. a., dass die Doppik verbesserte Steuerungsinformation liefere und einen übersichtlichen Haushalt mit mehr Klarheit biete. Erfreulich stelle sich für ihn dar, dass der vorliegende Haushalt trotz der konjunkturellen Lage bei um 10 Mio. € verminderter Einnahmenerwartung bei der Gewerbesteuer ausgeglichen sei. Der Gesamtergebnishaushalt schließe im ordentlichen Ergebnis mit einem Überschuss von rund 694.000,00 € ab. Ferner sei erfreulich, dass keine Gebühren- und Steuererhöhungen vorgesehen seien. Auch ermögliche die vorsichtige Haushaltspolitik des Kämmerers und der bürgerlichen Koalition, dass die freiwilligen Leistungen in Form von Zuschüssen an Vereine, Verbände und soziale Organisationen im gleichen Umfang wie bisher gewährt werden können. Positiv seien sogar Steigerungen im Bereich der Kultur zu verzeichnen. Der erhöhten Kreis- und Schulumlage stünden höhere Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich von rund 3,1 Mio. € gegenüber. Personalsteigerungen von 1,44 Mio. € resultierten aus Tarifierhöhung und der Pflichtzuführung für Pensionen, Beihilfen und Altersteilzeit. Der Stellenplan bleibe in seiner Gesamtheit unverändert. Bemerkenswert und loblich sei die Schaffung von 11 zusätzlichen Stellen im Bereich von Kindern in der Tagespflege für die Betreuung von unter 3-Jährigen. Hierdurch werde die Vereinbarung von Familie und Beruf als zentrale Lebensplanung nachhaltig durch die Stadt gefördert. Auf die Investitionen im Finanzhaushalt eingehend, führte er aus, wer Armut bekämpfen wolle, müsse durch kluge Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik dazu beitragen, dass die infrastrukturellen Rahmenbedingungen stimmen und sich Firmen als Gewerbesteuerzahler und Arbeitgeber gerne in Wetzlar ansiedeln. Dies sei z. B. mit dem Leitzpark in hervorragender Weise gelungen. Sozial sei, was Arbeit schaffe. Hierzu trage im Besonderen der in dieser Höhe noch nie da gewesene Investitionsbetrag von rund 24,5 Mio. € bei, u. a. für Soziale Stadt Westend und Niedergirmes, Hochwasserschutz, Ausbau und Erneuerung von Kanälen, Brücken, Straßen- und Wegebau, Neubau Stadtbetriebsamt, Philipp-Schubert-Schule, Ausbau und Sanierung des Stadions sowie die Maßnahmen aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland bei. Aber dieser Haushalt zeige auch, so Stv. H e y e r, dass nicht alles Wünschenswerte umgesetzt werden könne. Er weise aber auch darauf hin, dass die CDU die Aufstockung des Zuschusses für das Kulturzentrum Franzis und für Hermannstein die Zugangserneuerung für die Grillhütte auf Antrag der SPD befürworten werde. Dem Antrag der SPD hinsichtlich des Lärmschutzes Garbenheim sei in dieser Form nicht gefolgt worden. Man habe aber dazu einen Initiativantrag eingebracht, um zu zeigen, dass der Lärmschutz in Garbenheim der CDU nicht egal sei. Der Haushalt stelle aber aus Sicht der CDU-Fraktion ein Aufbruch in den Zeiten der Krise dar. Er danke den Kollegen und Kolleginnen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses für die konstruktive und faire

Beratung des Haushaltes. Im Namen der CDU-Fraktion bedanke er sich auch ausdrücklich bei den Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufstellung des doppelten Haushaltes, insbesondere der Kämmerei und dem Kämmerer. Er kündigte an, dass die CDU-Fraktion selbstverständlich dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmen werde.

Ohne Zweifel stelle das Jahr 2009 für die Finanzwirtschaft der Stadt eine außergewöhnliche Herausforderung dar, machte FrkV Dr. B ü g e r deutlich. Er wies darauf hin, dass man sich im Jahre 2009 in einer tiefen wirtschaftlichen Krise befinde, wahrscheinlich der tiefsten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Während staatliche Investitionsprogramme das Baugewerbe stabilisieren, treffe der Abschwung besonders die Stahlindustrie und die Automobilzulieferer. Auf den Lahn-Dill-Kreis eingehend betonte er, der Kreis könne seine Finanzen nur mühsam stabilisieren, obwohl sich die Umlagegrundlage für den Kreis auf Rekordniveau bewege. Umso erstaunlicher sei, dass das Vermögen der Stadt Wetzlar nach dem vorliegenden Entwurf selbst im Jahre 2009 nicht abnehme, sondern voraussichtlich um ca. 700.000,00 € zunehme. Ein großes Lob gelte dafür dem Magistrat als Ganzem und dem Kämmerer im Besonderen. Erstaunlich sei ferner, dass im doppelten Haushalt die Abschreibungen auf das Anlagevermögen in Höhe von saldiert rund 4,5 Mio. € zusätzlich belastend zu Buche schlagen. Es sei beachtlich, dass das ordentliche Ergebnis dennoch positiv aussehe. Die solide Haushaltslage wirke sich konkret für die Bürger der Stadt positiv aus. Die freiwilligen Leistungen können auf unverändert hohem Niveau gehalten werden. Einzelne Leistungen können z. B. angehoben werden, wie die Zuschüsse an den Theaterring, die Kulturgemeinschaft, die Wetzlarer Festspiele oder das Stadt-Marketing. Gleichzeitig könne man gezielt Gelder für Kinderbetreuung einsetzen, was ein wichtiger Beitrag zur Lebensqualität in der Stadt Wetzlar darstelle. In diesem Bereich werden die Zuschüsse der Stadt für Kindertagesstätten von 5,95 auf 6,86 Mio. € angehoben, um damit verstärkt die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder sicherzustellen. Hier sei Wetzlar hervorragend positioniert. Der Kindertagesstättenbereich sei auch der einzige Teil des Stellenplans, in dem eine Ausweitung stattfinde. Die maßgeblichen Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuer blieben auch 2009 unverändert. Er sehe aber auch kritische Punkte im Zusammenhang mit den Stadtfinanzen, führte FrkV Dr. B ü g e r aus. So werde sich 2009 der Betrag der von der Stadt zu entrichtenden Kreis- und Schulumlage erneut um 1,3 Mio. € auf nunmehr 22 Mio. € erhöhen. Gleichzeitig stagnieren die Schlüsselzuweisungen bei 12 Mio. €. Hier zeige sich, wie dramatisch sich die Finanzprobleme des Kreises auf den städtischen Haushalt auswirken. Natürlich sei es einfach, einen Haushalt auszugleichen, indem man die Einnahmen erhöhe. In Wetzlar gehe man einen anderen Weg und das sei gut so. Ein potentiell Risiko liege auch bei den Gewerbesteuereinnahmen. Nach zwei überaus guten Jahren, seien die Ansätze aufgrund des Wirtschaftsabschwungs konservativ um 10 Mio. € auf 35 Mio. € reduziert worden. Mit einer Finanzausgleichsrücklage von 8 Mio. €, von denen bislang nur 2 Mio. € im Haushalt aufgelöst werden sollen, besitze Wetzlar weiterhin ein Polster. Auf die Personalkosten eingehend, so FrkV Dr. B ü g e r, schlagen die Tarifierhöhung und die Zuführung von Mitteln an die Pensionsrückstellungen mit insgesamt rund 1,4 Mio. € zu Buche. Die Personalkostenentwicklung zwinge trotz immer wieder auftretender neuer Aufgaben, den Personalbestand per Saldo, angenommen den Bereich der Kindertagesstätten, konstant halten zu müssen. Einen Blick auf die Investitionen werfend, merkte er an, dass die solide Finanzkraft der Stadt auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten es zulasse, Investitionen in wesentlichem Umfang zu tätigen. Er nenne beispielhaft den Kauf des neuen Stadtbetriebsamtes, die Investition Soziale Stadt Niedergirmes, den Ausbau des Stadions, die Kanalsanierung im Bannviertel, die grundlegende Sanierung des Europabades und die Sanierung von Straßen, insbesondere die Brühlsbachstraße. Aus den Verpflichtungsermächtigungen erwähne er nur den Steighausplatz, wo nunmehr endlich eine sachlich gute Lösung

gefunden worden sei. Insgesamt könne man unter den gegebenen schwierigen Rahmenbedingungen mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf sehr zufrieden sein. Er bedanke sich bei der Kämmerei für die außergewöhnliche Leistung bei der Aufstellung des Entwurfes. Die FDP-Fraktion werde dem Haushalt zustimmen.

Nach Abhaltung der Doppik-Seminare, konstatierte Stv. B o r c h e r s, habe man das Gefühl gehabt „jetzt wird alles prima“. Beim Blättern habe man jedoch festgestellt, dass einige Angaben fehlen. Nach der Erörterung seien sieben Seiten an zusätzlichen Informationen geliefert worden, nach der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 30.03.2009 weitere zwölf Seiten. Er sage der Kämmerei für die insgesamt geleistete Arbeit Dank. Ferner habe er den Eindruck gewonnen, dass Teile der Verwaltung Probleme auf die Kämmerei abgeschoben habe. Die Fraktion der Grünen/ Bündnis 90 habe diesmal keine Anträge gestellt und werde sich enthalten, weil sie keinen Punkt gefunden haben gegen diesen Haushalt zu urteilen. Auf die Beiträge von FrkV Dr. Büger und FrkV Lefèvre eingehend, hätten diese richtigerweise auf die Kinderbetreuung hingewiesen. Gleichzeitig erhöhe man die Schulumlage. Die Schulumlage gestalte sich kostendeckend. Er fände es schön, wenn man hier Solidarität üben könne. Im nächsten Jahr werde es spannender. Gleichzeitig stelle er fest, dass auch andere Gebietskörperschaften mit der Doppik ihre Schwierigkeiten haben.

OB D e t t e dankte der Rednerin und allen Rednern für das Lob an die Verwaltung. Hinsichtlich der Produktbeschreibungen bestehen noch Verbesserungsmöglichkeiten. Die Kritik von Stv. Kleber wegen mangelhafter Aufklärung weise er zurück. Auch der Rechtsanspruch an Kindergartenplätzen werde erfüllt. Bei den Kindergartenplätzen für unter 3-jährige Kinder sei die Stadt Wetzlar im Aufbau befindlich. Hervorzuheben sei, dass über 50 Kinder aus anderen Gebietskörperschaften in Wetzlar betreut werden. Zur Betreuung der Ortsbeiräte merke er an, dass er zweimal jährlich die Ortsbeiräte besuche. In anderen Städten erfolge dies nicht. Zu der Aussage von Stv. Kleber, die Gewerbesteuerentwicklung 2007 hätte ausgereicht, die Stadthalle zu finanzieren, betone er, dass dann die gebildeten Rücklagen benötigt würden. Zum Schulneubau in Hermannstein äußerte er sich dergestalt, dass die Beschlusslagen mit großer Mehrheit gefasst worden seien. Dies insbesondere im Hinblick auf die Philipp-Schubert-Schule. Wegen der Turnhalle habe man auf den Lahn-Dill-Kreis bezüglich der Versammlungsstättenrichtlinien hingewirkt. Auf das „Götz'sche Haus“ zu sprechen kommend, bemerkte OB D e t t e, sei die Stadtverordnetenversammlung dem Vorschlag des Magistrates gefolgt. Zu Beginn nicht einschätzbar, seien die Kosten des Optikparcours gewesen. Er nenne hier eine städtische Beteiligung von 500.000,00 €, 750.000,00 € an Fördermitteln und - einzigartig in Deutschland - 400.000,00 € an Spenden.

Auf die Kritik von Stv. Borchers eingehend führte OB D e t t e aus, dass die angesprochenen Fehler und deren Beseitigung überwiegend in den Erläuterungen zu finden seien. Der Aufbau des Haushaltsplanes basiere auf gesetzlichen Vorgaben, die man sich nicht ausgesucht habe. Er weise auch ausdrücklich darauf hin, dass der Vorbericht sehr ausführlich gehalten sei. Er bedanke sich für die Teilnahme an den Schulungen. Der Haushalt sei eine gute Grundlage für die Beratungen gewesen.

Die Rituale im Parlament werden oft beklagt, stellte Stv. B r e i d s p r e c h e r fest. Zum Thema Energie, so Stv. B r e i d s p r e c h e r, habe er sich als Aufsichtsratsvorsitzender der enwag nicht geirrt, obwohl im Allgemeinen alle Menschen Fehler machen. Es sei richtig gewesen, dass ein strategisch starker Partner, wie die Thüga, ins Boot geholt worden sei. Zum Höchstpreis von 29 Mio. € sei es möglich gewesen, Schulden zu tilgen. Ferner habe man die Option eines Wiederkaufsrechtes nach zehn

Jahren. Der Vorwurf des Falschverhaltens sei ein Irrtum. Hinsichtlich der Kinderbetreuung äußerte er sich dahingehend, dass man zum Vergleich Städte in unserer Liga heranziehen solle. Es sei beispielhaft, dass sich hinsichtlich der Kinderbetreuung Eltern in eigenständigen Vereinen binden. Zu Stv. Kleber hingewandt merkte er an, dass solche „Flops“ nicht mehr passieren sollten.

StvV V o l c k rief zur Abstimmung über die Änderungsliste auf: 54.0.0

Hinsichtlich des Teilfinanzhaushaltes werden die Anträge 203 und 210 in die Liste mit „uneinheitlicher Abstimmung“ überführt. Der Antrag 211 wird neu gefasst.

En-bloc-Abstimmungen

Antrag 100, Änderungsliste Ergebnishaushalt: 53.0.0

Antrag 200, Änderungsliste Finanzhaushalt ohne Anträge 203 und 210: 53.0.0

Hinsichtlich der Doppik äußerte sich Stv. Dr. I h m e l s, der Lahn-Dill-Kreis sei hier „Pilotkreis“ gewesen und habe Schritt für Schritt vorgehen müssen. Deswegen sei ein Vergleich unzutreffend.

Zu nachstehenden Anträgen gab es Wortmeldungen:

Anträge zum Teilergebnishaushalt:

Antrag 108, Änderungsliste Teilergebnishaushalt, Erstellung Energieversorgungskonzept für die Stadt Wetzlar.

Bezüglich des Antrages 108 warf Stv. Dr. I h m e l s dem Magistrat im Hinblick auf die Thematik „Kraftwärmekopplung“ Inaktivität vor. Ferner kritisierte er, dass das Gutachten der enwag ohne Mitwirkung des Magistrats erstellt worden sei. Auch werde dieses Gutachten dem Aufsichtsrat vorenthalten. Für die Standorte, wo man Blockheizkraftwerke errichten könne, brauche man kein Gutachten. Ein Fachbüro erledige diese Arbeit in einer halben Stunde. Ihm sei nicht bekannt, dass der Magistrat darüber nachdenke. Ein Beispiel sei das Baugebiet „Am Rothenberg“ in Garbenheim. Als ersten Schritt solle man überlegen, was für die Stadt gut sei. Man müsse weg von den großen Konzernen, die Zukunft liege in der Eigenerzeugung.

Ihm komme es so vor, so Stv. B r e i d s p r e c h e r, dass Stv. Dr. Ihmels als neuer „Player“ hinzugekommen sei. Er werfe Stv. Dr. Ihmels Dickfelligkeit, auch in Bezug auf das Müllverbrennungskonzept, vor. Das Konzept von Stv. Dr. Ihmels, so Stv. B r e i d s p r e c h e r, rechne sich nicht, weil es zu höheren Preisen führe. Konkret bedeute dies, man brauch keine 40.000,00 € für ein Gutachten „rauszuschmeißen“, u. a., weil im Mai 2009 die enwag das Gutachten vorstellen werde. Er informiere darüber, dass die Koalition den Antrag ablehnen werde.

FrkV M i c h a l e k äußerte sich dahingehend, StR Hauptvogel spreche lediglich die Energieberatung an. FrkV K r a t k e y wies darauf hin, dass man über ein Konzept manchmal unterrichtet werden müsse. An Stv. Breidsprecher gerichtet stelle er fest, dass das Versorgungsnetz von Gießen nicht von heute auf morgen entstanden sei. Er halte das Gutachten für eine rentierliche Investition.

Abstimmung: 24.29.0

Antrag 109, Standortentwicklungsplan

Stv. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l berichtete, dass es seit 1983 60 Änderungen des Flächennutzungsplanes gegeben habe. Dabei habe Wetzlar selten von sich aus agiert. Ansatz war der Masterplan für Dutenhofen und Münchholzhausen. Beim Standortentwicklungsplan denke sie insbesondere an Problembereiche.

StR B e c k machte darauf aufmerksam, dass zwei Dinge zu betrachten seien. Der Flächennutzungsplan entwickle sich aus dem Regionalplan. An Stv. Dr. Göttlicher-Göbel gewandt stellte er fest, dass sie einen Entwicklungsplan für den Innenbereich der Stadt wünsche. Man könne darüber streiten, wie der Inhalt eines solchen Entwicklungsplanes sein solle.

Wann man mit einer Vorlage rechnen könne, interessierte Stv. Manfred W a g n e r zu erfahren. StR B e c k zeigte ein Zeitfenster von drei bis vier Wochen auf.

Der Antrag verblieb im Geschäftsgang.

Anträge zum Teilfinanzhaushalt

Antrag 203, Umbau Sportgelände Münchholzhausen

Stv. Manfred W a g n e r führte aus, nach seiner Kenntnis sei ein Aufwand von ca. 84.000,00 € vonnöten. Evtl. solle man den Betrag hinsichtlich einer Erhöhung ändern. Die eingestellte Zahl sei vom Fachamt genannt worden, betonte StR H a u p t v o g e l.

Initiativantrag von FrkV M i c h a l e k: “Der Betrag soll um 24.000,00 auf 84.000,00 € angehoben werden?“

Abstimmung über den o. g. Initiativantrag: 53.0.0

Abstimmung über den Erhöhungsbetrag: 50.1.2

Antrag 204, Barrierefreie Stadtgestaltung

Die Zahl der Menschen mit Behinderungen und Mobilitätsbehinderungen steige, teilte Stv. Manfred W a g n e r mit. Auch Kinder profitierten von der Barrierefreiheit. Er habe den Eindruck, dass der Magistrat dieses Thema nicht gebührend beachte. Auch müsse man der Umfrage des Arbeitskreises (Behindertenfreundliches Wetzlar) Beachtung schenken. Dies auch im Hinblick auf evtl. anstehende Großveranstaltungen.

StR B e c k teilte mit, ein Konzept bringe eine Abarbeitungsliste. Damit lege man sich ein „Korsett“ an. Er sei für das Einbringen von externen Beratungen, konstatierte FrkV M i c h a l e k. Dies auch wegen der in der Verwaltung bestehenden Strukturen.

Stv. Manfred W a g n e r auf die Einlassungen von StR Beck eingehend betonte, dass man kein „kleinlich“ benötige. Wetzlar habe keinen Behindertenbeirat, sondern einen Arbeitskreis. Er kündige hiermit eine Vorlage zur Schaffung eines Behindertenbeirates an.

Abstimmung: 24.29.0

Antrag 207, Beleuchtung Lahnuferweg

Die fehlende Beleuchtung sei ein Manko. Er halte diesen Bereich für überschaubar, deswegen sollten die Arbeiten dieses Jahr ausgeführt werden, erklärte Stv.

T s c h a k e r t. Der springende Punkt sei, argumentierte OB D e t t e, das Grundstück von IG Müller. Hier könne es Eingriffe in das Straßenverkehrsnetz geben. Zur Zeitfrage von FrkV M i c h a l e k führte OB D e t t e des Weiteren aus, vom Eigentümer sei ein Gutachten in Auftrag gegeben worden. Auch hänge die Metro wegen Mauricius mit in dieser Angelegenheit. Er halte dieses Argument nicht für einschlägig, gab Stv. T s c h a k e r t zur Kenntnis.

Abstimmung: 24.29.0

Antrag 207 a, Straßenbeleuchtung Naunheim

Es handele sich hier um ein öffentliches Wegeteilstück, welches in den Radweg R 7 eingebunden sei. Der Ortsbeirat Naunheim bitte daher, hier eine Beleuchtung anzubringen. Auch bestehe die Gefahr einer Gefährdung der Hotelgäste, legte Stv. Manfred W a g n e r dar. Man stehe in Verhandlungen mit dem Hotelbesitzer, informierte StR B e c k. Auf Nachfrage von Stv. Manfred W a g n e r, wann der Ortsbeirat in dieser Sache Informationen erhalte, erläuterte StR B e c k ferner, dass das Angebot vor einigen Wochen eingegangen sei. Information erfolge in den nächsten Wochen.

Abstimmung: 20.32.1

Antrag 208, Sperrvermerk Bahnhofstraße

Hierzu beantrage er einen Sperrvermerk, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung, gab Stv. Manfred W a g n e r zur Kenntnis. Er mache auf den besonderen deutlichen Niedergang der Bahnhofstraße aufmerksam. Dies sage auch das Gutachten der Catella-Group aus. Sein Wille sei, dass die Stadtverordnetenversammlung in dieser Angelegenheit mit eingebunden werde. Man solle über Mauricius und den Lahnhof nachdenken.

Die CDU, so FrkV A l t e n h e i m e r, teile dieses Ansinnen nicht. Er halte einen Sperrvermerk für nicht erforderlich. Der Niedergang von KaWe, Union, Mauricius und Lahnhof habe schon vor der Eröffnung des Forums begonnen. Er sei froh, dass das Forum bestehe. Konkret heiße dies, dass die Geschäftsleute mit ins Boot genommen werden müssen.

Auch FrkV K r a t k e y verwies auf das Catella-Gutachten. Zum Forum habe Stv. Manfred Wagner keinen Bezug genommen. Man solle sich konzeptionell austauschen. Es sei ein Glücksfall gewesen, merkte FrkV K r a t k e y ferner an, dass ECE das Grundstück von Goldbeck gekauft habe. StR H a u p t v o g e l merkte an, dass die Catella-Studie als Vorexemplar vorgestellt sei. Die 23.500 qm zu viel an Verkaufsfläche könne er nicht nachvollziehen. Auch betone er, dass die Veränderungen im Einzelhandel schon vor Inbetriebnahme des Forums begannen

Stv. Manfred W a g n e r wies ausdrücklich darauf hin, dass er die Diskussion nicht auf das Forum gebracht habe. Die Bahnhofstraße solle man aus dem Karree des Denkens herausholen und über andere konzeptionelle Ansätze nachdenken.

Abstimmung: 24.29.0

Antrag 210, Planungskonzept Knotenpunkt L 3053/Wetzlarer Straße

Stv. K l e b e r berichtete, der Ortsbeirat Hermannstein habe sich schon seit mehr als zehn Jahren mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Er weise hierzu auf ein Schreiben des Dezernates III vom 03.06.2002 hin. Darin sei betont worden, mit der Vorlage sei im Jahre 2002 zu rechnen. Die Vorlage sei im Jahre 2004 erschienen. Auch frage er nach, wie es mit der wasserrechtlichen Genehmigung im Dillfeld stehe.

Stv. K l e b e r habe gut recherchiert, bemerkte StR B e c k. Es stimme alles, was er vorgetragen habe. In diesem Zusammenhang teile er mit, dass Grundstücksverhandlungen mit Dritten stattfänden. Von dem Ergebnis sei man hinsichtlich des Weitergehens abhängig. Die Frage von Stv. K l e b e r, ob die 10.000 € ausreichend seien, bejahte StR B e c k.

Stv. Dr. Frank W a g n e r bedauerte das Fehlen einer Rechtsabbiegespur, welche in die Planung mit aufgenommen werden sollte.

Abstimmung: 52.0.1

Antrag 211, Lärmschutz Garbenheim

Zu diesem Antrag stellte Stv. B o r c h e r s einen Initiativantrag bezüglich des Stadtanteiles und zwar 100.000,00 € + 600.000,00 € VE mit einem Sperrvermerk auf beide Ansätze, aufzuheben durch die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmung: 52.0.0

Antrag 213, Erneuerung Parkplatz am Sportplatz Hermannstein

Dieser Antrag feiere Jubiläum, stellte Stv. K l e b e r fest. In diesem Jahr finde die Ausgestaltung des Turnfestes statt, außerdem treffen sich hier die Schützen. Es handele sich quasi um einen Sportlertreff.

Abstimmung: 21.32.0

Antrag 214, Behindertengerechter Ausbau Sporthallen

Stv. Manfred W a g n e r bat darum, die VE in einen kassenwirksamen Ansatz umzuwandeln. Die VE, so OB D e t t e, sei wegen Förderung durch Landesmittel eingestellt worden.

Abstimmung: 20.33.0

Antrag 216, Infrastrukturkostenhilfe ÖPNV

„Platt gesagt“, äußerte sich FrkV K r a t k e y, werde Diesel über Kommunalkredite finanziert. Er sehe in diesem Bereich auch konsumtive Aufwendungen. Es seien die gleichen Zuordnungskriterien wie im vergangenen Jahr angewandt worden, betonte OB D e t t e. Zur Umschichtung sehe er keinen Anlass.

Abstimmung: 24.29.0

Antrag 218, Temporärer Sandstrand an der Lahn

Anfangs habe er es toll gefunden, bemerkte Stv. P o h l, und wies auf die Beispiele in Worms, Mainz und Mannheim hin. Dort habe man jedoch Konzepte und die Einrichtungen befänden sich in privater Hand. Er befürchte, dass hier 20.000,00 € in den „Sand“ gesetzt werden und dass es vielleicht ein großes „Hundeklo“ geben werde. Die SPD lehne den Antrag ab.

OB D e t t e ergänzte, beim Magistrat habe sich ein Gastronom als Interessent gemeldet. Stve. Petra W e i ß, an Stv. Pohl gewandt, dankte sie für den „erfrischenden“ Kommentar. Die Schaffung eines solchen Sandstrandes sei ein Versuch zur Ergänzung des Freizeitangebotes. Sie bitte um Zustimmung.

Abstimmung: 26.24.2

Antrag zum Stellenplan

Antrag 401, Zwei neue Stellen ASD aus Jugendhilfeausschuss

StvV V o l c k betonte, es handele sich um eine Empfehlung des Jugendhilfeausschusses. OB D e t t e erläuterte hierzu, im vergangenen Jahr sei in diesem Bereich eine zusätzliche Stelle geschaffen worden, außerdem stünde eine Verstärkungsstelle zur Verfügung. Erforderliche Umschichtungen müssten mit eigenem Personal vorgenommen werden.

Abstimmung: 20.33.0

Das Investitionsprogramm wurde mehrheitlich beschlossen (29.20.4)

Die Haushaltssatzung wurde mehrheitlich beschlossen (29.20.4)

TOP 2.4 Konjunkturpaket II

TOP 2.4.1 1275/09 Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland

Stv. W a g n e r erklärte, dass der Antrag zurückgezogen werde, ergänzte jedoch, eine vorherige Abstimmung über die aufgeführten Projekte wäre wünschenswert gewesen. Ferner frage er sich, ob das Projekt Stadthaus am Dom in das Bundesprogramm aufgenommen werden könne und ob die Eigentümer eingebunden seien.

Wegen des Hessentages habe die SPD bereits einen Antrag im Jahre 1999 gestellt. Von

der Fortsetzung des Projektes habe er aus der Zeitung erfahren. Die SPD werde zustimmen.

Es handele sich um große schwierige Aufgaben für die Kommunen hinsichtlich der Umsetzung. Dabei sei es schwierig, die Rahmenbedingungen zu konkretisieren, konstatierte OB D e t t e. Anschließend stellte er nochmals die Kriterien vor. Zum Stadthaus am Dom merkte er an, es handele sich um eine Ersatzmaßnahme, weil das Palais Papius eine sehr umfangreiche Maßnahme darstelle. Wegen der Eigentümergemeinschaft müsse die Angelegenheit Stadthaus am Dom nochmals in Angriff genommen werden.

Zum Hessentag führte OB D e t t e aus, nach Bildung der neuen Landesregierung habe man Kontakte aufgenommen. Wetzlar habe gute Chancen. Die Entscheidung werde im Mai fallen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

Die Anmeldung von Investitionen zum Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen und des Konjunkturpaketes II der Bundesrepublik Deutschland wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

TOP 2.4.2

1228/09

Ausführung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes

Der Antrag wurde vom Antragsteller, Stv. Manfred W a g n e r, zurückgezogen.

TOP 2.5

1285/09

Lärmschutzwand Garbenheim

StvV V o l c k verwies auf das Mitteilungsblatt (siehe Anlage).

FrkV L e f è v r e erinnerte an den Antrag der SPD. Auf Wunsch von Stv. D r o ß und FrkV Dr. B ü g e r wurde dieser Tagesordnungspunkt wörtlich protokolliert (siehe Anlage).

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Verhandlungen einzutreten, um den Bau einer Lärmschutzwand an der B 49 in der Gemarkung Garbenheim unter folgenden Gesichtspunkten voranzutreiben:

- Klärung, inwieweit für ein solches Vorhaben Mittel aus dem Konjunkturprogramm des Bundes zum Bau und zur Sanierung von Bundesstraßen – hier insbesondere Lärmschutzmaßnahmen – verfügbar gemacht werden können.
- Klärung, inwieweit der mittelfristig beabsichtigte Anbau von Standstreifen an der

B 49 in der Gemarkung Garbenheim einschließlich Lärmschutz für den Baulastträger Bundesrepublik Deutschland kostengünstiger ist als die – seit 2003 geplante – Verlagerung der Gesamttrasse der B 49 einschließlich Standstreifen nach Norden ohne entsprechende Lärmschutzmaßnahmen.

- Bekräftigung der Interessenlage der Stadt Wetzlar am vorgezogenen Bau einer Lärmschutzwand noch vor der Errichtung von Standstreifen.
- Bereitschaft der Stadt Wetzlar, ein Drittel, d. h. bis zu 700.000 €, der auf 2 Mio. € geschätzten Kosten für den Bau einer Lärmschutzwand zu übernehmen (vgl. Stadtverordnetenbeschluss vom 15.06.2000), wobei der städtische Finanzierungsbeitrag auch als Vorfinanzierungsaufwand für den vorgezogenen Bau einer Lärmschutzwand eingebracht werden kann.

TOP 3

1120/08

59. Änderung des Flächennutzungsplanes

**Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn
Umzonung von „Gewerblicher Baufläche“ und „Fläche für Landwirtschaft“ in
„Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel“**

- Abschließender Beschluss -

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

Die 59. Änderung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen.

TOP 4

1241/09

Bebauungsplan Nr. 15 „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn

- Satzungsbeschluss -

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

1. Abwägungsbeschlüsse

1.1 Der Anregung des Dez. 31 – Obere Landesplanungsbehörde des RP Gießen -wird entsprochen.

1.2 Der Anregung des Dez. 41.2 – Oberirdische Gewässer, Hochwasserschutz – zur Übernahme der Regelungen im Überschwemmungsgebiet in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes wird entsprochen.
Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

- 1.3 Die Anregungen des Dez. 41.3 – Kommunales Abwasser, Gewässergüte – werden berücksichtigt.
 - 1.4 Die Hinweise des Dez. 41.4 – Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz des RP Gießen – werden zur Kenntnis genommen.
 - 1.5 Die Anregungen des Dez. 51.1 – Landwirtschaft des RP Gießen – werden zurückgewiesen.
 - 1.6 Die Hinweise des Dez. 53. F – Obere Forstbehörde des RP Gießen – zu der geplanten Aufforstungsfläche werden zur Kenntnis genommen.
 - 1.7 Die Hinweise und Anregungen des Hessen Forst – Untere Forstbehörde – werden zur Kenntnis genommen.
 - 1.8 Die Hinweise der Abteilung für den Ländlichen Raum – Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises – zur Aufforstung, zum Konzept „Lahnschlinge bei Dutenhofen“ und der Beteiligung der Wasserbehörde werden zur Kenntnis genommen.
Die Anregung, landwirtschaftliche Flächen nicht für Kompensationsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, werden zurückgewiesen.
 - 1.9 Die Hinweise der Abteilung Bauen und Umwelt - Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises – werden zur Kenntnis genommen.
 - 1.10 Die Hinweise der Deutschen Telekom AG werden berücksichtigt.
 - 1.11 Die Anregungen zur Herstellung eines Aufstellbereiches im Bereich der neu geplanten Anbindung und zum „Bereich ohne Ein- und Ausfahrt“ werden berücksichtigt. Die sonstigen Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Satzungsbeschluss
- 2.1 Der Bebauungsplan Nr. 15 „Im Heidegarten“, Stadtteil Nauborn wird unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu den Ziffern 1.1 bis 1.11 einschließlich der Begründung, der zusammenfassenden Erklärung und des Umweltberichtes gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch Bestandteil des Bebauungsplanes.

TOP 5

1232/09

Neubau der über Mühlgraben und Lahn führenden Fuß- und Radwegebrücke zwischen Wetzbachstraße und Bachweide

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

FrkV Dr. B ü g e r stellte den Initiativantrag, dass die Verwaltung den Neubau der über Mühlgraben und Lahn führenden Fuß- und Radwegebrücke (Brücke zwischen Wetzbachstraße und Bachweide) in drei verschiedenen Varianten planen solle. Die Entwürfe hierzu

und die damit verbundenen Kosten sollen erneut im Parlament beraten werden.

Die Stadtverordneteversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

Die über Mühlgraben und Lahn führende Fuß- und Radwegebrücke zwischen Wetzbachstraße und Bachweide soll gemäß der Varianten 1 bis 3 einschließlich dem notwendigen Verbindungsdamm weiter geplant und mit Kostenberechnungen zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt werden.

TOP 6

1183/08

Straßen- und Kanalsanierung „Bannviertel“, 2. Bauabschnitt: Ausbau der Bannstraße, Eduard-Kaiser-Straße, Albinstraße, Herderstraße und Dalbergstraße

StvV **V o l c k** verwies auf das Mitteilungsblatt.

StR **B e c k** bat darum, im ursprünglichen Beschlussextrakt die Nr. 2 zu streichen, weil die Anlieger informiert worden seien.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden geänderten Beschluss:

1. Der Straßenplanung zum Umbau der Bannstraße, Eduard-Kaiser-Straße, Albinstraße, Herderstraße und Dalbergstraße im „Bannviertel“ wird zugestimmt.
2. Nach § 3 Abs. 2c der Straßenbeitragssatzung werden die Herderstraße, die Albinstraße und die Dalbergstraße zu einer Abrechnungseinheit zusammengefasst.
3. Auf die Erhebung von Vorausleistungen nach § 9 der Straßenbeitragssatzung wird verzichtet.

TOP 7

1115/08

Umgestaltung Friedrich-Ebert-Platz

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Stv. **P o h l** bedauerte, dass im Umwelt- und Bauausschuss keine sachbezogene Diskussion stattgefunden habe. Er verstehe nicht, warum dieser Antrag als publikumswirksam gelte. Auf den Hinweis von StR Beck wegen des guten Stils, bezogen auf Informationen aus der Baukommission eingehend, führte er ferner aus, dass dort keine Umbauvariante empfohlen worden sei. Nichts sei geplant worden, deswegen sei der Antrag auf den Weg gebracht worden. Der Antrag könne im Geschäftsgang bleiben, wenn eine erschöpfende Auskunft erteilt werde. Die Planung werde weiter betrieben werden, bemerkte hierzu StR **B e c k**. Wann diese fertiggestellt sei, könne er nicht sagen.

Abstimmung: 19.33.0

TOP 8

1176/08

Stromversorgung der städtischen Grillhütten Prüfungsauftrag

Stv. P o h l stellte klar, dass dieser Antrag ein Prüfungsantrag sei und warum dieser abgelehnt werde. Hierzu merkte FrkV M i c h a l e k an, dass schon geprüft worden sei. Seit Jahren, so Stv. P o h l, sei diese Angelegenheit ein Anliegen der Ortsbeiräte, Vereine und Nutzer. Bezugnehmend auf das Schreiben von OB Dette an den Ortsbeirat, dass das ein Wetterschutz sei und kein Vereinsheim, sei ein Idyll aus der Vergangenheit. Heutzutage gehöre ein Stromanschluss dazu. Z. B. werden in Dutenhofen Stromaggregate genutzt. OB D e t t e habe vor sechs Jahren auf die Gleichbehandlung hingewiesen. Richtig sei, dass pro Jahr eine Grillhütte angeschlossen werden könne.

Stv. Christoph S c h ä f e r kritisierte, was dem Oberbürgermeister alles zugeschrieben werde und fragte konkret an Stv. Pohl gerichtet, was er wolle, was sein solle und was umgesetzt werden solle. In den Ausschüssen sei Auskunft erteilt worden und es sei geprüft worden.

Abstimmung: 19.33.0

TOP 9

1229/09

Optimierung der Verwaltungsgliederung - Sportamt -

Die Stellenausschreibung sei Anlass gewesen, die Frage nach der Verwaltungsstruktur zu stellen, befand Stv. Manfred W a g n e r. Er stelle eine Zerfaserung der Tätigkeiten fest, weil sich die enwag um die Bäder kümmere, die Pflege der Sportanlagen das Stadtbetriebsamt vornehme und die Sporthallen das Planungs- und Hochbauamt betreue. Für das eigentliche Sportamt stünden 1,50 Vollzeitstellen zur Verfügung. Stv. Manfred W a g n e r betonte ausdrücklich, dass mit diesem Antrag keine Kritik an der Arbeit des Sportamtsleiters verbunden sei. Es gehe nicht um sportfachliche Fragen, sondern um die Verwaltungsstruktur.

Er frage sich, stellte Stv. B r e i d s p r e c h e r fest, welches Ziel hinter diesem Antrag stecke. Vielleicht Unwissenheit? Er warf der antragstellenden Fraktion vor, dass sie etwas ändern wolle, was gut sei und sich bewährt habe. Deswegen lehne er eine Organisationsuntersuchung ab. Zur Eigenständigkeit dieses Amtes führte er ferner aus, dass ein Amtsleiter leichter Zugang und Akzeptanz bei den Institutionen finde. Des Weiteren machte er den Vorwurf, dass Einfluss auf Magistratsaufgaben genommen werden solle. Die CDU wolle Schaden von der Stadt abwenden, deswegen werde sie den Antrag ablehnen.

Bezüglich der Verwaltungsstruktur wies FrkV K r a t k e y auf neue Steuerungsmodelle hin und zur Aussage von Stv. Breidsprecher, die SPD wolle auf Magistratsentscheidungen Einfluss nehmen, werde an der Sache vorbeigeredet. Dies sei Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung insgesamt. Den Begriff der Stabsstelle, so FrkV K r a t k e y, habe OB Dette als mögliche Variante ins Gespräch gebracht.

Wetzlar müsse den Stellenwert des Sports angemessen durchführen, betonte OB D e t t e. Der Auftrag nach dem neuen Steuerungsmodell werde wahrgenommen. Weil die Hälfte von Wetzlars Einwohnern einem Sportverein angehören, unterstreiche dies den Stellenwert des Sports in Wetzlar. Dazu habe das Sportamt in hohem Maße beigetragen. Zur Ausgliederung von ehemaligen Aufgaben des Sportamtes führte er u. a. auf, dass eine höhere Auslastung der Geräte nunmehr möglich sei. Dies bedeute jedoch keine Schwächung des Sportamtes an sich. Organisationsuntersuchungen machen nur Sinn bei Einsparungs- und Effizienzeffekten. Beim Sport sei es wichtig, wegen der Gewichtung eine Amtsleitung zu haben. Auch sollten bei den Sportvereinen keine Irritationen aufkommen.

Bgm. L a t t e r m a n n schloss sich den Ausführungen von OB Dette an. Er deutete im Klartext den Antrag so, dass das Sportamt aufgelöst werden solle. Dies werde nicht geschehen und die Aufgaben keinem Sachgebiet zugeordnet werden. Die Funktion der Amtsleitung ansprechend stellte Bgm. L a t t e r m a n n klar, dass dies eine höhere Gewichtung nach außen und innen darstelle, wenn es um Partner und Sponsoren bei Veranstaltungen gehe. Bei Auflösung gebe es keine positiven Effekte.

Abstimmung: 20.29.4

TOP 10

1271/09

Einführung eines Stadtpasses

StvV V o l c k verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Stv. Manfred W a g n e r nahm Bezug auf den durch den Antragsteller geänderten Antrag und führte den zu fördernden Personenkreis auf, an dem sich der Magistrat bei einer Satzung zu orientieren habe. Es handele sich um Personen, die finanziell nicht in der Lage seien, an sozialen und kulturellen Angelegenheiten teilnehmen zu können. Zur Information bezüglich des Aufwandes nannte er als Beispiel die Stadt Marburg und die damit verbundenen Zahlen. Hinsichtlich der Einführung weise er insbesondere auf die jetzige Situation hin. Negativ für ihn sei, dass Geld für einen Sandstrand in die Hand genommen werden solle. Er weise nochmals ausdrücklich darauf hin, dass es sich um einen Handlungsauftrag an den Magistrat handle.

Die Tagesordnungspunkte 10 und 11 würden gut zusammenpassen, merkte Stv. B o r c h e r s an. Der ursprüngliche Antrag konnte für ihn so nicht beschlossen werden. 1992 habe die Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der Grünen/Bündnis 90 einen Wetzlar-Pass beschlossen. Dies sei unter einer anderen Koalitionsregierung geschehen. Dann habe eine andere Regierung ihr Amt angetreten und der Wetzlar-Pass sei gestorben. Dem jetzigen Antrag werde er zustimmen, da er diesen Weg für den richtigen

Weg halte.

„Wir sind uns alle der sozialen Verantwortung bewusst“ stellte Stv. M e i ß n e r fest. Der Haushaltsplan 2009 zeige, dass Wetzlar nicht die Stadt der sozialen Kälte sei. Ziel sei es, dosiert und effektiv zu helfen.

Stve. A d a m i e t z vertrat die Auffassung, die im Ursprungsantrag besagte Erleichterung zur Teilnahme am öffentlichen Leben, werde bereits praktiziert. Dies u. a. wegen der bereits bestehenden Vergünstigungen. Wenn sie auf die Liste blicke stelle sie fest, dass viele Bereiche davon schon begünstigt seien. Was nicht aufgeführt sei, sei z. B. die Förderung der Sportvereine. Betroffene sollten konkret gefördert werden. Den Menschen, z. B. Hartz IV-Empfängern, mehr Geld zu beschaffen, sei nicht Angelegenheit der Stadt Wetzlar, sondern müsse in Berlin geklärt werden. Die soziale Verantwortung der Stadt sei bewiesen. Auf die freien Leistungen sei man stolz. Ergänzend führte sie aus, dass in Wetzlar 6.800 Personen bei Einführung eines Stadtpasses darauf Anspruch hätten. Dies führe zu einem immensen Verwaltungsaufwand. Die CDU lehne den Antrag ab.

Abstimmung: 24.29.0

TOP 11

1255/09

Städtische Museen Wetzlar Eintrittsbefreiung für Wetzlarer Schüler

StvV V o l c k verwies auf die Änderungsempfehlung im Mitteilungsblatt.

Zur weiteren Erläuterung des Inhaltes der Vorlage teilte Stve. Petra W e i ß mit, dass viele Lehrer bezüglich dieser Angelegenheit an sie herangetreten seien. Für Schüler sei es wichtig, die Geschichte der Stadt kennenzulernen. Sie bitte daher um Zustimmung.

An sich stelle sich das Ziel vernünftig dar, äußerte sich FrkV M i c h a l e k. Unter Hinweis auf den vorherigen Antrag gehe es dort um diejenigen, die nichts haben. Hier gehe es um die diejenigen, die durchaus etwas vorweisen können. Er betrachte den Antrag daher als „scheinheilig“ und werde ihn ablehnen.

Die Historie sei schon einmal herangezogen worden, fügte Stv. L i t z i n g e r hinzu. Er frage sich, was heiße „so weit wie möglich? Wie solle das in der Satzung eingearbeitet werden?“ Dessen ungeachtet werde die SPD dem Antrag zustimmen.

OB D e t t e wies auf die Beratung des Antrages im Kulturausschuss hin. Man müsse bedenken, dass das Viseum und das Reichskammergerichtsmuseum nicht von der Stadt getragen werden, deswegen müsse eine Regelung mit den dort maßgebenden Personen erörtert werden.

Laut Stv. Christoph S c h ä f e r nehme man auch Anträge aus dem Archiv der SPD auf. Er freue sich, so Stv. S c h ä f e r, über die Zustimmung der SPD. Dieser Antrag berühre nicht das Einkommen der Eltern, deshalb könne man diesen Antrag mit dem vorherigen Antrag nicht vergleichen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (43.6.3) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu veranlassen, dass Wetzlarer Schulklassen, die im Rahmen ihres Unterrichts die städtischen Museen besuchen, soweit als möglich vom kostenpflichtigen Eintritt befreit werden.

TOP 12

1185/08

Informationsveranstaltung zur Durchführung eines Projektes „Mehrgenerationenwohnen“

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Informationsveranstaltung durchzuführen mit dem Ziel, interessierte Bürgerinnen und Bürger für die Durchführung eines Projektes Mehrgenerationenwohnen zu gewinnen.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, dieses Projekt beratend zu begleiten.

TOP 13

1260/09

Ausübung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament durch Unionsbürger

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Stve. **D r o ß** informierte, dass die Stellungnahme des Magistrats nunmehr vorliege. Danach erfolge die Umsetzung. Der Antrag werde hiermit zurückgezogen.

TOP 14

1199/09

Wahl eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar I (Kernstadt)

Gegen die Wahl durch Handaufheben erhob sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (52.0.0) folgenden Beschluss:

Für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar (Kernstadt) wird

**Herr Ulrich Brück, geb. am 04.03.1950,
Am Deutschherrenberg 27
35578 Wetzlar**

als Ortsgerichtsvorsteher vorgeschlagen.
Für den Ortsgerichtsbezirk Wetzlar (Kernstadt) wird

**Herr Ulrich Brück, geb. am 04.03.1950
Am Deutschherrenberg 27
35578 Wetzlar**

als Ortsgerichtsvorsteher vorgeschlagen.

**TOP 15
Seniorenrat
Wahl eines stellv. Mitgliedes**

StvV Volk verwies auf das Mitteilungsblatt.

Folgender Wahlvorschlag wurde von den Stadtverordneten einstimmig (52.0.0)
angenommen:

Wahlvorschlag der SPD-Fraktion: **Günther Andrick**, Unter der Birke 1, Wetzlar

**TOP 16
Mitteilungsvorlagen**

**TOP 16.1
1211/09
Verkehrstechnische Untersuchung
„Ruhender Verkehr in der Altstadt Wetzlar“
(„Altstadtparkkonzept“)**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 16.2
1214/09
Konzept zur Verstetigung im Sinne der Nachhaltigkeit
„Soziale Stadt“, Silhöfer Aue / Westend**

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.3

1268/09

Tätigkeitsbericht der Stadtbibliothek Wetzlar 2008

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.4

1267/09

Hessischer Bibliothekstag am 11.05.2009 in Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 16.5

1259/09

Konzept zur Verbesserung der Kontrolle des Finanzmanagements (Abwicklung der Kartenverkäufe) beim Verein Wetzlarer Festspiele (Drucksachen-Nr. 1104/08-II/130)

Er nehme die Vorlage positiv zur Kenntnis, legte Stv. T s c h a k e r t dar, vermisse in dieser Angelegenheit jedoch eine Dokumentation, die im März von Herrn Spiegelhalter zugesagt worden sei. Wegen der Zurverfügungstellung von städtischen Mitteln könne man dies erwarten. Nur, „wenn das Kind wieder in den Brunnen gefallen sei“, so schein es ihm, erinnere man sich wieder an die Stadt. Er vermisse ferner, konstatierte Stv.

T s c h a k e r t, die geänderte Aufgabenstellung des Geschäftsführers. Er bitte um Beantwortung in der nächsten Kulturausschusssitzung.

Auch Stv. Christoph S c h ä f e r betonte, dass er die Vorlage positiv finde. Die intensive ehrenamtliche Arbeit des Vorstandes lobte OB D e t t e. Es bestehe dabei auch die Gefahr, in öffentliche Kritik zu geraten. Auch sei die Aufgabenstellung von Freilichtveranstaltungen nicht risikolos. Wichtig sei, dass die Abläufe transparent seien. Er hoffe und wünsche, dass die Unterstützung der Festspiele dauerhaft erhalten bleibe. In diesem Zusammenhang weise er auch auf die Unterstützung der anderen kulturschaffenden Vereine hin.

TOP 17

Verschiedenes

StvV **V o l c k** wies auf die Veranstaltung der Freiwilligen Feuerwehr zum „Tag der offenen Tür“ am 1. Mai 2009 in Naunheim hin.

Buderus Edelstahl

Stv. **T s c h a k e r t** informierte darüber, dass die Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung ohne Ergebnis geblieben seien und nun das Einigungsstellenverfahren angerufen werde. Dies könne für ein Drittel der Beschäftigten die Kündigung bedeuten.

Es sei eine Gesellschaft betroffen, berichtete OB **D e t t e**. Dabei handele es sich um 90 Personen. In dieser Angelegenheit habe er einen Termin mit dem Betriebsrat vereinbart unter der Maßgabe, wie die Stadt Unterstützung erbringen könne.

Die Frage von FrkV **M i c h a l e k**, ob es sich bei der Firma um die Buderus Edelstahl Schmiedetechnik handele, wurde von OB **D e t t e** bejaht.

Stv. **T s c h a k e r t** äußerte sich dahingehend, bei Gesamtbetrachtung der Angelegenheit, wäre die Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung sicherlich dienlich gewesen. In dieser Situation, so OB **D e t t e**, sei jede Unterstützung sinnvoll und dienlich.

Die CDU, stellte FrkV **A l t e n h e i m e r** klar, bedauere die Angelegenheit. Natürlich stehe man hinter den Beschäftigten. Aber bei einigen Punkten des SPD-Antrages habe es noch Klärungsbedarf gegeben.

Der Antrag, hielt Stv. **M a n f r e d W a g n e r** vor, habe allen Fraktionen auf dem Tisch gelegen. Wenn er als Tagesordnungspunkt aufgenommen worden wäre, hätte man darüber diskutieren können. Die CDU habe jedoch erklärt, es sei keine Dringlichkeit geboten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss StvV **V o l c k** den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.